

Hopfenweg 21
Postfach/C.p. 5775
CH-3001 Bern
Tel. 031 370 21 11
Fax 031 370 21 09
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Herr Bundespräsident
Joseph Deiss
Vorsteher des
Eidg. Volkswirtschafts-
departementes
3003 Bern

Bern, 15. Juni 2004

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Revision des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt Stellung zu nehmen, und unterbreiten Ihnen folgende Bemerkungen:

1. Einleitende Bemerkungen

Travail.Suisse begrüsst die Revision des Binnenmarktgesetzes. Mit dieser Revision werden heute föderalistisch abgeschottete Teilmärkte vermehrt geöffnet. Das Ziel, die berufliche Mobilität und den Wirtschaftsverkehr für Waren und Dienstleistungen innerhalb der Schweiz zu erleichtern, ist grundsätzlich zu unterstützen.

Die ursprünglich ins Binnenmarktgesetz gesetzten Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Dazu war der Handlungsspielraum der Kantone, den freien Marktzugang zu beschränken, zu gross, und die Rechtsprechung des Bundesgerichts zu sehr dem Föderalismusprinzip zugeeignet.

Wir sind im Grundsatz mit allen drei Hauptzielen einverstanden:

- Gesamtwirtschaftliches Ziel: Funktionsfähigkeit des Marktes durch den Abbau kantonaler und kommunaler Marktzutrittsschranken verbessern.
- Individualrechtliches Ziel: Berufsausübungsfreiheit stärken und die Schlechterstellung einheimischer Bürger/innen gegenüber EU-Bürger/innen verhindern.
- Institutionelles Ziel: Aufsichtsfunktion der Wettbewerbskommission stärken, indem ihr das Beschwerderecht verliehen wird.

2. Einschätzung des Wachstumsimpulses

Insgesamt schätzt Travail.Suisse den Wachstumsimpuls, der durch das revidierte Binnenmarktgesetz ausgelöst werden kann, als nicht allzu gross ein. Dennoch besteht die Wahrscheinlichkeit, dass mit der Revision des Binnenmarktgesetzes in der Unternehmenslandschaft der Schweiz ein Strukturwandel ausgelöst wird. Die berufliche Mobilität und der erleichterte Wirtschaftsverkehr von Waren und Dienstleistungen bringen Bewegung in das kleinmaschige System der Mikrounternehmen. Daher erachtet es Travail.Suisse als notwendig, dass die KMU-Förderungspolitik des Bundes diesen neuen Gegebenheiten ausreichend Rechnung trägt und sich nicht nur einseitig auf die Mikrounternehmen ausrichtet.

3. Weitere wachstumsfördernde Vorschläge

Uneinheitliche Reglementierungen und andere Mehrspurigkeiten unseres föderalistischen Systems bedingen einen grossen Ressourceneinsatz. Das Resultat ist nicht immer effizient. Aus diesem Grund ist eine Vereinheitlichung der Reglementierungen zwischen den Kantonen, insbesondere im Bereich der Baunormen anzustreben. Der Bundesrat ist aufgefordert, in dieser Hinsicht einen Vorschlag zu erarbeiten.

4. Stärkung der Wettbewerbskommission

Die Wettbewerbskommission übernimmt mit dem neuen Kartellgesetz, das per 1. Juni 2004 in Kraft getreten ist, und mit dem Beschwerderecht, das ihr im Rahmen der Revision des Binnenmarktgesetzes verliehen werden soll, zusätzliche Funktionen. Um diese Aufgaben wirksam und effizient umzusetzen, braucht es genügend personelle und finanzielle Ressourcen. Aus diesem Grund muss ins Auge gefasst werden, die Wettbewerbskommission mit personellen und finanziellen Mitteln aufzustocken.

5. Kein Untergraben der regional geltenden Gesamtarbeitsverträge

Travail.Suisse befürchtet, dass die Stärkung des Herkunftsprinzips die ortsüblichen Arbeits- und Lohnbedingungen negativ beeinflusst. Regional geltende Gesamtarbeitsverträge dürfen durch die Revision des Binnenmarktgesetzes nicht untergraben werden. Falls ein regionaler Gesamtarbeitsvertrag existiert, sind die dort festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten. Dies, sofern die vor Ort geltenden regionalen Lohn- und Arbeitsbedingungen vorteilhafter sind als die des Herkunftsortes.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme, und hoffen, dass Sie unseren Bemerkungen Rechnung tragen werden.

Mit freundlichen Grüssen

NR Hugo Fasel
Präsident

Susanne Blank
Leiterin Wirtschaftspolitik